

URGENT ACTION

ZWEI ABGEORDNETE WILLKÜRLICH INHAFTIERT

ESWATINI

UA-Nr: **UA-113/2021** AI-Index: **AFR 55/4971/2021** Datum: **10. November 2021** – ds

MDUDUZI BACEDE MABUZA
MTHANDENI DUBE

Am 25. Juli 2021 wurden die Parlamentsmitglieder Mduduzi Bacede Mabuza und Mthandeni Dube inhaftiert und unter dem Gesetz zur Terrorismusbekämpfung sowie wegen anderer konstruierter Anschuldigungen angeklagt. Seither befinden sie sich in willkürlicher Haft auf der Polizeiwache von Mbabane. Seit Juni kommt es in Eswatini zunehmend zu Unruhen und pro-demokratischen Protesten.

Am 25. Juli 2021 wurden die Abgeordneten Mduduzi Bacede Mabuza aus dem Wahlkreis Ngwempisa und Mthandeni Dube aus dem Wahlkreis Hosea unter dem drakonischen Gesetz zur Terrorbekämpfung und wegen anderer konstruierter Vorwürfe festgenommen. Ihr Gerichtsverfahren wurde am 20. Oktober eröffnet.

Der mysteriöse Tod des 25-jährigen Jurastudenten Thabani Nkomonye Anfang Mai 2021, der mutmaßlich von der Polizei getötet wurde, löste im Juni 2021 eine Protestwelle aus, in der politische Reformen gefordert wurden. Auch die Festnahme der beiden Abgeordneten Mduduzi Bacede Mabuza und Mthandeni Dube im Juli löste landesweit friedliche Proteste aus, bei denen ihre Freilassung und ein Ende der exzessiven Gewaltanwendung gegen friedlich Demonstrierende gefordert wurde. Nachdem ein_e Richter_in des Hohen Gerichts am 14. September den Abgeordneten die Freilassung auf Kaution verweigert hatte, kam es zu einer weiteren Eskalation, wobei die Behörden willkürlich friedlich Demonstrierende festnahmen. Dabei gab es Todesopfer und gegen die Behörden wurden Foltervorwürfe erhoben.

Einige Bestimmungen des Gesetzes zur Terrorbekämpfung aus dem Jahr 2008 stellen nicht nur eine Bedrohung für die Menschenrechte dar und sind von Natur aus repressiv, sondern verstoßen auch gegen die Verpflichtungen Eswatinis im Rahmen internationaler und regionaler Menschenrechtsabkommen und gegen die Verfassung Eswatinis. Die Gesetze verletzen die Rechte auf freie Meinungsäußerung, friedliche Versammlung und Vereinigungsfreiheit. Aktivismus, sei er politisch oder anderweitig, sollte in Eswatini ohne Angst vor Repressalien möglich sein. Trotz politischer Differenzen müssen die Menschenrechte gewahrt werden.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Die beiden Abgeordneten werden beschuldigt, gegen folgende Bestimmungen verstoßen zu haben: Paragraph 5(1) des Gesetzes zur Terrorbekämpfung von 2008, Paragraph 4(b) des Gesetzes über über staatsgefährdende und subversive Aktivitäten von 1938, und Vorschrift 4 der Katastrophenmanagement-Verordnung im Rahmen des Katastrophenschutz-Gesetzes 01/2006. Außerdem wurden sie mit konstruierten Anklagen wegen Mordes konfrontiert.

Seit der Festnahme der Abgeordneten im Juli kam es landesweit zu friedlichen Protesten und Demonstrationen verschiedener Interessengruppen, die ihre bedingungslose Freilassung forderten. Am 1. Oktober fand die größte Demonstration statt, bei der über 10.000 Menschen zur US-Botschaft marschierten, um eine Petition zu übergeben, in der sie die USA um Unterstützung für die Freilassung der Abgeordneten baten. Sie stellten die Unabhängigkeit der Justiz in Frage und bezweifelten, dass die Abgeordneten ein faires Gerichtsverfahren erhalten würden. Zeug_innenberichten zufolge wurden die Demonstrierenden von den Behörden gewaltsam auseinandergetrieben, wobei die Sicherheitskräfte scharfe Munition, Gummigeschosse und Tränengas einsetzten. Auch die Armee war im Einsatz und errichtete Straßensperren, um weitere Menschen daran zu

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Urgent Actions

Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin

T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-321 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00

IBAN: DE 233 702050 0000 8090100 . BIC: BFS WDE 33XXX .

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



hindern, sich den Protesten anzuschließen. Ein_e Demonstrierende_r musste wegen einer Schusswunde am Kopf in ein Krankenhaus eingeliefert werden und befindet sich in kritischem Zustand.

Im Oktober 2021 fanden im ganzen Land Pro-Demokratie-Proteste und Demonstrationen gegen Polizeigewalt statt. Am 8. Oktober sollen Sicherheitskräfte in Siteki einen Mann namens Nhlanhla Kunene getötet haben. Dies löste erneut eine Welle landesweiter Proteste aus, bei denen ein Ende der Polizeibrutalität und die Freilassung friedlich Demonstrierender, darunter auch der beiden Abgeordneten, gefordert wurden.

Seit dem Ausbruch der Proteste im Juni wurden mehr als 1.000 Menschen festgenommen, darunter auch Grund- und Sekundarschüler_innen, die sich inzwischen der Reformbewegung angeschlossen haben. In einigen Fällen griffen die Sicherheitskräfte auch Schulkinder an, die an den Protesten teilnahmen. Während sich die Proteste weiter verschärfen, setzen die Behörden Sicherheitskräfte ein, um abweichende Meinungen zu unterdrücken, schließen Schulen auf unbestimmte Zeit und weisen Mobilfunkanbieter an, das Internet auszuschalten und den Zugang zu den Sozialen Medien einzuschränken.

Im Königreich Eswatini, wo König Mswati III. als letzter absoluter Monarch Afrikas regiert, wird politischer Aktivismus seit Jahren unterdrückt. In der Vergangenheit wurden immer wieder Journalist_innen, Menschenrechtsverteidiger_innen und politische Aktivist_innen inhaftiert, nur weil sie sich gegen die Unterdrückung Andersdenkender ausgesprochen haben. Ihre Inhaftierungen basieren auf repressiven Gesetzen, darunter das Gesetz über staatsgefährdende und subversive Aktivitäten (*Sedition and Subversive Activities Act*) von 1938 und das Gesetz zur Terrorbekämpfung (*Suppression of Terrorism Act – STA*) von 2008.

SCHREIBEN SIE BITTE FAXE, LUFTPOSTBRIEFE ODER E-MAILS MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Ich fordere Sie auf, die Abgeordneten Mduduzi Bacede Mabuza und Mthandeni Dube sowie alle anderen, die willkürlich inhaftiert wurden, weil sie ihre Rechte auf freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlung wahrgenommen haben, unverzüglich freizulassen und alle Anklagen gegen sie fallen zu lassen.
- Ich fordere Sie außerdem auf, repressive Gesetze wie das Gesetz zur Terrorbekämpfung (*Suppression of Terrorism Act – STA*), das Gesetz über staatsgefährdende und subversive Aktivitäten (*Sedition and Subversive Activities Act*) und das Gesetz zur öffentlichen Ordnung aufzuheben oder zu ändern.

ACHTUNG! Aufgrund der Verbreitung des Coronavirus ist die weltweite Briefzustellung momentan eingeschränkt. Da sich die Zustellung täglich ändern kann, prüfen Sie bitte auf der Website der Deutschen Post unter „Aktuelle Informationen zum Coronavirus“, ob Briefe im Zielland zugestellt werden. Falls nicht, senden Sie Ihre Appellschreiben bis auf Weiteres bitte auf elektronischem Weg. Appelle in Papierform können außerdem an die Botschaft des Ziellandes in Deutschland geschickt werden.

APPELLE AN

PREMIERMINISTER

H.E Cleopas Dlamini
Government of the Kingdom of Eswatini
P.O Box A33

Swazi Plaza H101, Mbabane,
KÖNIGREICH ESWATINI

Fax: (00 268) 2404 4073

E-Mail: csdlamini@gmail.com

(Anrede: Dear Prime Minister / Sehr geehrter Herr
Premierminister)

KOPIEN AN

BOTSCHAFT DES KÖNIGREICHS ESWATINI

S.E. Herrn Sibusisiwe Mingomezulu
188, Av. Winston Churchill
1180 Brüssel

Belgien

Fax: (00 49) 32 2 347 46 23

E-Mail: brussels@eswatini-embassy.eu

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **5. Januar 2022** keine Appelle mehr zu verschicken.

PLEASE WRITE IMMEDIATELY

- In light of the above, I urge you to immediately release MP Mduduzi Bacede Mabuza and MP Mthandeni Dube, and all others arbitrarily detained for exercising their rights to freedom of expression and peaceful assembly, and drop all charges against them.
- I also urge you to repeal or amend repressive laws such as the Suppression of Terrorism Act, the Sedition and Subversive Activities Act and the Public Order Act.

**AMNESTY
INTERNATIONAL**

